

# Lodzer

# Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

**Nr. 53.** Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post 3,00; wöchentlich 3,00; Ausland: monatlich 6,00; jährlich 72,00. Einzelnummer 10 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

**Schriftleitung und Geschäftsstelle:**  
**Lodz, Betrlauer 109**  
Telephon 136-90. Postkontonr. 63.508  
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.  
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30-3.30.

**Anzeigenpreise:** Die sieben-spaltige Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreispaltige Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.- 3,00; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

## Deutsch-englische Besprechungen sicher.

Die deutsche Regierung mit der Behandlung der Gesamtheit des Londoner Kommuniqués einverstanden.

London, 23. Februar. Die deutsche Regierung hat, wie Reuters berichtet, der britischen Regierung in bestimmter Form mitgeteilt, sie sei damit einverstanden, daß die in Aussicht genommenen deutsch-englischen Besprechungen sich auf das ganze Gebiet der in dem englisch-französischen Kommuniqué vom 3. Februar erwähnten Punkte erstrecken. Unmittelbare deutsch-englische Besprechungen sind danach so gut wie sicher.

London, 22. Februar. Im Foreign Office wurde heute Pressevertretern erklärt, daß die britische Regierung gegen die Abhaltung der von Deutschland vorgeschlagenen direkten Besprechungen grundsätzlich nicht dagegen sei. Die britische Regierung habe eine genügende Grundlage zu der Annahme, daß auch die französische Regierung mit der Abhaltung solcher Besprechungen einverstanden sei. Von britischer Seite wird unterstrichen, daß die britisch-deutschen Besprechungen in Berlin im gegenwärtigen Stadium nur den Charakter einer einleitenden Diskussion haben und nicht den Abschluß irgendwelcher Abmachungen oder Ver-

einbarungen bezwecken können. In offiziellen britischen Kreisen erwartet man, daß diese Besprechungen bald beginnen werden, wobei Sir John Simon den Reichskanzler Hitler in Berlin besuchen würde.

### Simon nach Warschau und Moskau?

Direkte Aussprache über den Londoner Pakt.

London, 22. Februar. Wie bereits gemeldet wurde, ist es nicht ausgeschlossen, daß der britische Außenminister, Sir John Simon, Berlin besuchen wird, worauf er sich nach Moskau begeben würde. Von der Sowjetregierung ist keine formelle Einladung zu einem solchen Besuch in Moskau eingegangen, doch ist in London bekannt, daß Sowjetrußland einem solchen Besuch nicht abgeneigt wäre. Gerüchte wollen wissen, daß Warschau ebenfalls in diese Besuchsreise eingeschlossen werden soll. Soweit bekannt ist, ist eine derartige Anregung weder von englischer, noch von polnischer Seite erfolgt.

## Die französische Kammer ratifiziert das Saarabkommen.

Paris, 22. Februar. Die französische Kammer nahm am Freitag nachmittag den Gesetzesentwurf an, der die in Neapel abgeschlossenen Saarabkommen ratifiziert, nachdem die Berichterstatter der zuständigen Ausschüsse und der Außenminister sich für die Annahme ausgesprochen hatten.

Außenminister Laval erinnerte daran, daß die in Neapel abgeschlossenen Abkommen rechtzeitig ratifiziert werden müßten, damit das Gesetz am 28. Februar in Kraft treten könne. Er gab ferner seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß das Saarproblem auf internationaler Grundlage gelöst worden sei und richtete in diesem Zusammenhang Worte der Anerkennung an den Völkerbundrat und den Dreierausschuß. An die Feststellung, daß die deutschen und französischen Unterhandlungen im Geiste loyaler Zusammenarbeit gewirkt hätten, band Laval den Wunsch, daß in demselben Geiste auch alle Fragen, die mit der Sicherheit des europäischen Friedens zusammenhängen, behandelt und gelöst werden möchten.

### Chopin-Gedächtnisfeier in Dresden.

Dresden, 22. Februar. In Dresden fand am Freitag auf dem Neumarkt die feierliche Enthüllung einer Chopin-Gedächtnisafel statt. An der Feier nahm u. a. auch der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, und der Warschauer Stadtpräsident Starzynski, der zur Zeit zu Besuch in Dresden weilt, teil.

Am Abend fand im Dresdener Rathaus ein feierlicher Empfang und ein Chopin-Gedächtniskonzert statt. An dem Konzert nahmen außer den polnischen Gästen zahlreiche Ehrengäste teil.

### Der österreichische Besuch in Paris.

Paris, 22. Februar. Der österreichische Bundeskanzler und der österreichische Außenminister sind am Freitag vom Ministerpräsidenten Mandin und Außenminister Laval empfangen worden.

### Die Auseinandersetzungen in Ungarn.

Korruption, Gewalt und Betrug.

Der schon seit Wochen schwebende Konflikt zwischen dem bisherigen ungarischen Völkerbundsvertreter Ehardt und dem Führer der Regierungspartei Bethlen hat jetzt äußerst aggressive Formen angenommen. Bekanntlich hat Ehardt, der Führer der nicht in der Regierung vertretenen Partei der unabhängigen Landwirte ist, auf Grund von Angriffen Bethlens seine Mission als Vertreter beim Völkerbund niedergelegt. Ehardt ist darauf in starke Opposition zur Regierungspartei getreten. In Reden hat er jetzt erklärt, daß diese seit 15 Jahren sich die Mehrheit im Parlament nicht durch das Vertrauen des Volkes, sondern durch Korruption, Gewalt und Betrug verschafft habe. Graf Bethlen habe nicht das Recht, Politik zu machen, so lange die ihm vorgeworfenen Straftaten nicht gerichtlich geklärt seien.

Die Regierungspartei ist gewillt, die Ausführungen Ehardts zum Anlaß eines strafrechtlichen Vorgehens gegen ihn zu nehmen.

### Die faschistischen Umtriebe in Amerika.

Schwere Beschuldigungen gegen deutsche und sowjetrussische Regierungsvertreter.

Der vom amerikanischen Repräsentantenhaus eingesetzte Untersuchungsausschuß hat die feinerzeitigen sensationellen Anschuldigungen Smedley Bullers gegen die faschistische Organisation, daß sie einen Marsch auf Washington vorbereite, als in jeder Hinsicht begründet anerkannt. In seinem Bericht kommt der Untersuchungsausschuß zu dem Schluß, daß deutsche, mexikanische, italienische und sowjetrussische Staatsangehörige eine aktive propagandistische Tätigkeit in den Vereinigten Staaten entwickelt haben. An vielen Orten seien Organisationen im Leben gerufen worden, deren Ziel darin bestehe, die demokratische Regierungsgewalt in den Vereinigten Staaten

## Auch Abessinien mobilisiert

Schwierigkeiten bei den italienisch-abessinischen Schlichtungsverhandlungen.

Addis Abeba, 22. Februar. Die hier zwischen dem im Auftrage Mussolinis handelnden italienischen Generalen und der abessinischen Regierung eingeleiteten direkten Verhandlungen über die Beilegung des Grenzkonflikts sind fast völlig zum Stillstand gekommen. Wie verlautet, hat die italienische Regierung Anstoß an der Zusammenziehung der abessinischen Delegation genommen, die an den Verhandlungen in der strittigen neutralen Zone teilnehmen sollte. Abessinien verharret auf seinem bisherigen Standpunkte, daß die Grenzzwischenfälle stets von Nomadenstämmen hervorgerufen seien, die der abessinischen Oberhoheit nicht unterliegen, weshalb die Regierung nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne.

Inzwischen bereitet sich die abessinische Regierung, die

die Mobilisierungsmaßnahmen Italiens mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, auf alle Eventualitäten vor. Die Mobilmachung der abessinischen Armee wird systematisch fortgesetzt.

Rom, 22. Februar. Die zur Verstärkung der Militärformationen und des Kriegsmaterials in Ostafrika getroffenen vorläufigen militärischen Maßnahmen werden im normalen Tempo vorgeführt. Es scheint, daß die 19. Division, die gegenwärtig in Florenz stationiert ist, binnen kurzem nach Süditalien dirigiert werden soll. In Afrika ist bereits die 29. Division konzentriert, ihre Erprobungsmanöver sind in Messina zusammengezogen. In Neapel kursieren Gerüchte, daß morgen neue starke Abteilungen nach Afrika abgehen werden.

### Eine englische Woche in Warschau.

Der Ausklang der polnisch-britischen Wirtschaftsverständigung.

London, 22. Februar. Aus Anlaß des günstigen Abschlusses der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Polen und Großbritannien gab heute die britische Regierung ein feierliches Essen. Englischerseits nahmen an dem Essen teil der Handelsminister Runciman, der Minister für den Auslandshandel und Chef der britischen Handelsdelegation Colville sowie mehrere höhere Regierungsbeamte. Von polnischer Seite waren zu dem Essen erschienen Botschafter Raczynski, der Minister für Handel und Industrie Floyar-Rajzman, Vizefinanzminister Koc sowie die Mitglieder der polnischen Handelsdelegation. Am Abend fand ein Essen in der polnischen Botschaft statt.

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Inkrafttreten des polnisch-englischen Handelsvertrages ist die Veranstaltung einer englischen Woche in Warschau geplant, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen England und Polen zu propagieren. Die Durchführung dieser Veranstaltung werden die britische und die polnische Handelskammern übernehmen.

### Untertagestreiks.

In den letzten Jahren sind immer wieder Belegschaften von ober-schlesischen und Silesischen Gruben zum Protest gegen beabsichtigte Stilllegung des Betriebes in den Hungerstreik unter Tage getreten. Ein ähnlicher Fall hat

sich jetzt auf der Kleinen Luisenglückgrube bei Schoppinich ereignet. Die Grube stand längere Zeit hindurch unter Geschäftsaufsicht, bis schließlich der Bankrott erklärt wurde. Der Betriebsrat hat darauf beim Berufungsgericht die Aufhebung des Beschlusses nachgesucht, wonach das Konkursverfahren über die Grube eröffnet wird. Das Ersuchen begründet der Betriebsrat damit, daß durch die Stilllegung der Grube die ganze Belegschaft von 130 Arbeitern brotlos gemacht werden würde. Unabhängig davon begann die Belegschaft mit einem Streik unter Tage. Seit Dienstag hat keiner der Arbeiter den Schacht verlassen. Sie weigern sich auch, Lebensmittel entgegenzunehmen. Die Arbeiter wollen so lange im Hungerstreik unter Tage verharren, bis die Aufhebung des Konkursverfahrens verfügt sein wird.

Es muß betont werden, daß die Grubenverwaltung den Arbeitern insgesamt 15 000 Zloty an Löhnen und den Angestellten und Beamten 10 000 Zloty an Gehältern schuldet.

### Auch Gemeindevahlen im Danziger Gebiet.

Danzig, 22. Februar. Mit der Neuwahl zum Danziger Volkstag am 7. April werden zugleich Neuwahlen für den Kreistag und die Gemeinden Danziger-Höhe sowie Neuwahlen für die Stadtbürgerchaft der Stadt Boppot angelegt.

Diese Anordnung ist erfolgt, trotzdem nach den gesetzlichen Bestimmungen keine Gemeindevahlen zugleich mit Volkstagswahlen stattfinden sollen.





